

Prof. Dr. Ursula Münch Akademie für Politische Bildung

**Vortrag anlässlich des Festakts „50 Jahre Sozialwissenschaftliche
Gymnasien in Bayern“**

Bildungszentrum Seligenthal am 18. September 2015

**Vorbild Sozialwissenschaftliche Gymnasien:
Politische Urteilskraft als Ziel schulischer Bildung**

Um das Wichtigste gleich am Anfang zu sagen:

Das, was wir heute als Sozialwissenschaftliches Gymnasium (SWG) in Bayern kennen, entspricht dem, was eine zukunftsorientierte Schule im 21. Jahrhundert leisten soll:

Die Schule der Zukunft bzw. die Schule mit Zukunft soll

- junge Menschen zur Reflexion befähigen,
- sie soll deren Blick für die verschiedenen Realitäten öffnen
- sie soll die jungen Leute in die Lage versetzen, die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowohl kritisch als auch konstruktiv zu beleuchten.

Das Sozialwissenschaftliche Gymnasium leistet das bereits.

Wir feiern heute also eine Schulform, die den Herausforderungen der globalisierten postmodernen Gesellschaft ganz erstaunlich gut gewachsen zu sein scheint.

Wir feiern: eine vorbildhafte Institution.

Es gibt mehrere Gründe, warum die Sozialwissenschaftlichen Gymnasien vorbildhaft sind.

Viele davon wurden heute bereits genannt.

Mir geht es im Folgenden – das werden Sie der Direktorin der Akademie für Politische Bildung nachsehen, vor allem um einen Grund:

Um die politische Bildung.

Denn:

Anders als an den anderen bayerischen Gymnasien spielt das Fach Sozialkunde im Sozialwissenschaftlichen Gymnasium eben keine beklagenswerte Kleinstrolche.

Vielmehr erfreut sich das Fach Sozialkunde im Sozialwissenschaftlichen Gymnasium bereits ab der Jahrgangsstufe 8 hoher Wertschätzung.

Und anders als in den anderen bayerischen Gymnasien verpflichtet sich das SWG nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der schulischen Praxis dem Ziel der politischen Mündigkeit und Handlungskompetenz seiner Schülerinnen und Schüler.

Warum ist es künftig noch wichtiger denn je, die politische Urteilskraft der heranwachsenden Generation zu stärken?

Warum brauchen wir auch an „normalen“ Schulen eine bessere politische Bildung?

Warum ist das wichtiger denn je?

Aus mindestens zwei Gründen:

Erstens: Weil die bisherigen politischen „Taktgeber“ und die ethisch-moralischen „Leitplanken“ in den westlichen Demokratien an Bedeutung verlieren.

Zweitens: Weil sich die Welt dramatisch und rasant verändert und sich in der Folge hiervon die Anforderungen an die Bürger immer weiter verändern.

Zum ersten Punkt: Den „politischen Taktgebern“ und den ethisch-moralischen „Leitplanken“.

Es ist nicht allzu gewagt folgendes vorherzusagen:

Beide Instanzen – dazu rechne ich unter anderem die politischen Parteien und die klassischen Medien – werden weiter an Bedeutung verlieren.

Warum ist das für mein Thema relevant?

Politische Parteien zum Beispiel haben unter anderem die Funktion Komplexität zu reduzieren.

Damit meine ich Folgendes:

Die Parteizugehörigkeit der Kandidaten hat für die Wähler den Vorteil, dass man sich im Vorfeld der eigenen Wahlentscheidung nicht alle Kandidaten einzeln anschauen muss.

Die Zugehörigkeit der Kandidaten zu einer Partei hilft dabei, diese Personen programmatisch zuzuordnen.

In einer funktionierenden Parteiendemokratie finden die Wähler also Strukturen vor, die es ihnen ersparen, sich selbst alle Informationen zu beschaffen und die ihnen außerdem eine gewisse Orientierung etwa bei der Wahlentscheidung bieten.

Diese Strukturen gibt es und es wird sie auch auf absehbare Zeit weiterhin geben.

Aber: Diese Strukturen sind nicht mehr so prägend wie das bislang der Fall war.

Doch nicht nur die Parteien verlieren an Bedeutung.

Auch ein Großteil der klassischen Medien wird seine Leitfunktion verlieren – das trifft zwar alle: die Presse, den Hörfunk, das Fernsehen.

Aber: den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk wird es ganz besonders treffen.

Diese Prozesse treten weitgehend zeitgleich auf:

Großorganisationen – dazu gehören neben den Parteien zum Beispiel auch die Kirchen oder die Gewerkschaften und eben auch die etablierten

Medien – werden von künftigen Generationen deutlich weniger zur Kenntnis genommen als noch von der Nachkriegsgeneration oder den Baby-Boomern.

Das heißt:

Das sogenannte „intermediäre System“ -- also die Organisationsformen, die zwischen der Bevölkerung auf der einen Seite und dem Regierungssystem auf der anderen Seite funktionieren – wird seine Gestalt verändern.

Mit diesen Veränderungen im intermediären System, geht etwas verloren: Deren „Einordnungsfunktion“ – und damit die Funktion der Komplexitätsreduktion.

In der Folge verlieren die Leitplanken, die bislang den öffentlichen politischen Diskurs geprägt und auch geleitet haben, an Bedeutung.

Was bedeutet das für unsere Demokratie?

Theodor Eschenburg hat bereits Ende der 1950er Jahre – als die Welt noch deutlich überschaubarer war – folgendes festgestellt:

Demokratie „mit ihrem komplizierten System“, so Eschenburg, müsse „gelernt werden“.

Denn so Eschenburg: „Der mündige Bürger fällt nicht vom Himmel“.

Das war in den 1950er Jahren richtig.

Heute ist es immer noch richtig, aber noch viel drängender:

Die „Demokratie mit ihrem komplizierten System“ ist schließlich um einiges komplizierter geworden – zumindest außerhalb des Paradieses und auch außerhalb dessen Vorstufen.

Aber:

Wenn die bisher diskursprägenden Leitplanken und Taktgeber an Bedeutung verlieren, dann benötigt jede und jede Einzelne eigene Leitplanken – dann ist folgendes notwendiger denn je:

- Strukturwissen
- Orientierungswissen und –kompetenz
- Und vor allem benötigt jeder und jede Einzelne: Wertmaßstäbe

Um es auf einen Punkt zu bringen:

Mehr denn je in der Geschichte der Bundesrepublik brauchen wir eine Bevölkerung, die zu großen Teilen eigene politische Urteilskraft besitzt.

Und zwar politische Urteilskraft, die sie davor bewahrt,

den Hetzern

und den politischen Rattenfängern auf den Leim zu gehen.

Und damit zu meinem zweiten Punkt: Die Veränderung der Welt.

Wir beobachten folgende Veränderungen:

- Auf der sachlichen Ebene stellen wir eine Technisierung, Digitalisierung und Verwissenschaftlichung fest
- Auf der gesellschaftlichen Ebene beobachten wir die Ausdifferenzierung und sogar Segmentierung der modernen westlichen Gesellschaft als Folge des demografischen und technischen Wandels sowie der veränderten Lebensformen.
- Auf der territorialen Dimension sehen wir die Europäisierung und Globalisierung.
- Auf der zeitlichen Dimension erleben wir die Beschleunigung und Parallelität politischer Prozesse.

Weitere Punkte treten hinzu:

Die vernetzte und polyzentrische Welt von morgen wird vom weltweiten Aufstieg der Mittelschicht und deren aktiver Teilhabe an der Informationsgesellschaft geprägt sein.

Beides – sowohl der Aufstieg gut gebildeter Mittelschichten als auch der Wandel hin zur Informationsgesellschaft – werden nicht nur die Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch die Beziehungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der verschiedenen Nationen verändern.

Diese werden stärker miteinander in Kontakt treten als dies je zuvor der Fall war – und zwar digital und analog.

Das Bild anderer Nationen von der Bundesrepublik und von Bayern wird in Zukunft weniger von unseren politischen Repräsentanten, weniger von unseren Automarken und weniger vom FC Bayern geprägt als bislang.

Sondern:

Das Bild, das sich andere Nationen von uns machen, wird maßgeblich durch denjenigen geprägt werden,

die als Ingenieurin,

als Handwerker,

die als Fußballfan,

als mittelständische Unternehmerin,

als Schüler oder Auszubildender,

als Dienstleister

oder als Mitglied der sogenannten Zivilgesellschaft im Ausland auftreten

oder digital mit ausländischen Partnern im Austausch stehen.

Das verändert die Anforderungen an uns alle.

„Interkulturelle Kompetenz“ und Sprachkenntnisse allein genügen nicht, wenn man im Austausch, aber eben auch im Wettbewerb mit den anderen gut Gebildeten dieser vernetzten und polyzentrischen Welt bestehen will.

Zur Weltläufigkeit und zu den Sprachkenntnissen muss etwas Weiteres hinzukommen.

Und das gilt ganz besonders für die Bundesrepublik.

Hinzutreten muss ein gefestigtes Verständnis von der politischen und wirtschaftlichen Stellung der Bundesrepublik in der Welt – und zwar vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte.

Wer unter den neuen Bedingungen relevant und angesehen bleiben will, braucht eine Einwohnerschaft, die in weiten Teilen besondere Qualitäten vorweisen kann.

Qualitäten, die sich nicht auf die vier Buchstaben M – I – N – T reduzieren lassen.

Sowohl die alteingesessenen als auch die neuen Mitglieder dieser Gesellschaft müssen wissen und verstehen,

- warum die Europäische Union gerade für Deutschland so große Wichtigkeit als Friedens- und als wertorientiertes Projekt hat,
- sie müssen die Dimension der transatlantischen Partnerschaft für unser wirtschaftliches Wohlergehen, aber vor allem auch für unsere Sicherheit erkennen,
- sie müssen nachvollziehen können, warum unsere Beziehungen zum Staat Israel und das Verhältnis der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft zu Menschen jüdischen Glaubens auf Dauer ein ganz besondere bleiben werden und bleiben müssen.
- sie müssen begreifen, dass Deutschland für Europa zu groß und für die Welt zu klein ist (Henry Kissinger),

- und es würde nicht schaden, wenn sie verstünden, warum die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union so häufig ganz andere Erwartungen an die EU haben als wir.

Weiteres kommt hinzu:

- Bereits in wenigen Jahren haben wir keine Menschen mehr in unserer Mitte, die die Zeit des Nationalsozialismus selbst erlebt haben.
- Als Folge des demografischen Wandels ändert sich auch der historisch-politische Wissensstand derjenigen, die in der bundesdeutschen Einwanderungsgesellschaft leben. Wir müssen darauf reagieren, dass bereits heute jeder zweite Grundschüler in den westdeutschen Großstädten aus einer Zuwandererfamilie stammt.

Wir können also folgendes feststellen:

- Während die Welt komplizierter und unübersichtlicher geworden ist
- verlieren in den verschiedenen Gesellschaften gleichzeitig die Institutionen an Bedeutung, die bislang den Bürgern die Orientierung erleichterten.

Aus dieser Konstellation könnte sich ein ideales Betätigungsfeld für politische Rattenfänger und Heilsversprecher ergeben.

Könnte. Muss aber nicht.

Es gibt Gegenmittel:

Die politische Bildung ist meines Erachtens ein derartiges Gegenmittel.

Aber nur unter gewissen Voraussetzungen.

Nämlich dann, wenn diese politische Bildung hohen Ansprüchen genügt.

Es geht um die Befähigung zur

- Urteilsbildung
- Partizipation
- Und insgesamt um die Demokratiekompetenz.

Um diese Fertigkeiten zu erlangen, brauchen wir Folgendes:

Wir benötigen eine politische Bildung auf hohem fachlichem Niveau

- mit ausreichender Stundenzahl,
- als eigenständiges Fach – und nicht als Anhängsel z.B. von Wirtschaftskunde
- und unterrichtet durch Fachkräfte mit einem Studium der Sozialkunde und kontinuierlicher Fach-Fortbildung,

Aber:

Ich bin realistisch und bin mir bewusst, dass eben nicht alle bayerischen Schulen dem Sozialkundeunterricht den Stellenwert einräumen können, wie dies die Sozialwissenschaftlichen Gymnasien aus sehr gutem Grund tun.

Schließlich weiß ich, dass fast nichts so ehern ist wie eine Stundentafel.

Aber es geht gar nicht so sehr um Stundentafeln.

Sondern es geht Konsequenzen aus den skizzierten Veränderungen zu ziehen.

Dafür ist nicht allein der Sozialkundeunterricht zuständig:

Die für das Leben im 21. Jahrhundert erforderliche politische Bildung wird auch in anderen Fächern – also außerhalb der Sozialkunde erlangt.

Aber eben nur unter bestimmten Voraussetzungen.

Dazu brauchen wir Lehrkräfte,

- die zum einen in ihrem jeweiligen Fachgebiet hervorragend ausgebildet und fortgebildet sind,
- und die sich zum anderen über die Bedeutung ihres Fachs für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik im Klaren sind.

Wir brauchen Lehrkräfte, die zusätzlich auch in der Lage sind

- im Deutschunterricht,
- im Religionsunterricht,
- in der Geographie
- im Biologie- und Chemieunterricht,
- in der Informatik

Demokratiekompetenz und Wertebildung zu vermitteln.

Und zwar auch deshalb sinnvoll vermitteln können,

- weil sie diese Demokratiekompetenz und die damit verbundene politische Bildung selbst gelernt haben und sich deren Bedeutung bewusst sind,
- und weil sie darin gezielt fachlich unterwiesen wurden und sich auch politisch weiterbilden dürfen – und müssen.

Eigentlich würde es sich gehören, dem Geburtstagskind Sozialwissenschaftliches Gymnasium in Bayern etwas zum Fünfzigsten zu wünschen.

Ich hoffe, die Schulleiterin von Seligenthal verzeiht mir, wenn ich das nicht tue.

Naheliegender und wichtiger ist es nämlich, den anderen bayerischen Gymnasien etwas zu wünschen:

Nämlich, dass auch sie in den Genuss dieses quantitativen und qualitativen Mehr an politischer Bildung kommen, von dem die Sozialwissenschaftlichen Gymnasien bereits jetzt profitieren.